

Dr. Eva-Maria Stange

Stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecherin
der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag



Machbar: Solide Haushaltspolitik und vielfältige Kultur!

Schwarzgelb kürzt ohne sachlichen und finanziellen Grund Kulturraummittel

Nach dem Willen der schwarzgelben Regierungskoalition in Sachsen sollen ab dem Jahr 2011 die Kulturraummittel um 3,7 Millionen Euro gekürzt werden. Dies jedenfalls hat die CDU/FDP-Koalition am 22. November 2010 Kraft ihrer Mehrheit im Kulturausschuss des Sächsischen Landtages durchgedrückt. Der Landtag wird vom 14. bis 17. Dezember den Haushalt endgültig beschließen. Die SPD-Fraktion wird sich in der aktuellen Haushaltsdebatte gegen eine Kürzung der Kulturraummittel einsetzen und sich auch in Zukunft für eine starke sächsische Kulturlandschaft engagieren.

Für die Kürzungen gibt es weder einen sachlichen noch einen finanziellen Grund.

Seit 1994 wird Kultur in Sachsen erfolgreich auf der Basis des Kulturraumgesetzes gefördert. Im Jahr 2008 wurde das Kulturraumgesetz entfristet und die jährlichen Landeszuweisungen auf mindestens 86,7 Millionen Euro gesetzlich festgeschrieben. Wie bereits 1994 wurde auch 2008 das Kulturraumgesetz mit der breiten Zustimmung aller demokratischen Parteien beschlossen.

Die schwarzgelbe Regierungskoalition in Sachsen kündigt nun den seit 1994 bestehenden parlamentarischen Konsens über das Kulturraumgesetz auf und greift rechtswidrig in die Kassen der Kulturräume ein.

Nach Willen von Schwarzgelb sollen sich die Kulturräume mit 3,7 Millionen Euro an der Finanzierung der Landesbühnen beteiligen. Den Kulturräumen und den Kommunen stehen somit weniger Gelder zur Verfügung. Diese faktische Kürzung der Kulturraummittel ist verfassungswidrig, denn sie verstößt gegen die Systematik des Kulturraumgesetzes und verletzt die Verfassungsgrundsätze des Vertrauensschutzes und der Rechtssicherheit.

Bereits jetzt sind die Kulturräume gezwungen, Strukturanpassungen vorzunehmen. Wie die Beispiele im Kulturraum Zwickau-Vogtland oder Oberlausitz-Niederschlesien zeigen, sind diese Prozesse erfolgreich in Gang gesetzt und benötigen verlässliche Rahmenbedingungen. Die Kürzungen der Kulturraummittel konterkarieren die Bemühungen der Kulturräume um eine ausgewogene regionale Kulturplanung.

Die Landesbühnen sind eine staatliche Einrichtung und als solche von der Landesregierung als reisende Bühne Anfang der 90er Jahre bewusst gewollt. Die Finanzierung der Landesbühnen durch den Freistaat ist daher weder eine freiwillige Leistung noch systemwidrig, sondern Pflicht des Freistaates. Dieser Pflicht kann man sich nicht per Haushaltsgesetz entledigen durch rechtswidriges Handeln und auf dem Rücken aller Kommunen und Kultureinrichtungen. Nur in einem geordneten Verfahren über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ist ein neues, tragfähiges Konzept für das mobile Theater gemeinsam mit der Stadt Radebeul, dem Kulturraum Meißen/Sächsische Schweiz/Osterzgebirge und dem Freistaat auf den Weg zu bringen.

Aufgrund der Haushaltspolitik von Schwarzgelb werden die Kommunen gezwungen sein, die Eintrittsgelder in ihren eigenen Museen zu erhöhen. Ermäßigungen für Kinder und Jugendliche und sozial schwächere Menschen werden wegfallen. Und für Projekte in der freien Kunst und Kulturszene – zum Beispiel Kinder- und Jugendtheater oder Festivals und Filmprojekte – wird gar kein Geld mehr da sein. Nachhaltige und etablierte Strukturen werden zerstört.

Mit der Kürzung der Kulturraummittel stellt Schwarzgelb die Verlässlichkeit von Politik in Frage – und dies ohne finanzielle Not! Die CDU/FDP-Koalition argumentiert, dass Kürzungen notwendig sind, um keine neuen Schulden aufnehmen zu müssen. Einer sachlichen Prüfung hält dieses Argument nicht stand! Denn:

1. **Sachsen nimmt seit 2006 keine neuen Schulden auf!**
In der Zeit der Regierungsbeteiligung der SPD in den Jahren 2004 bis 2009 hat die SPD eine Haushaltspolitik gestaltet, in der ohne Neuaufnahme von Schulden gleichzeitig Soziales, Familien, Kultur und Bildung und der gesellschaftliche Zusammenhalt insgesamt gestärkt wurden.
2. **Der aktuelle Haushalt enthält jede Menge Spielräume.**
So werden zum Beispiel die Zinsen, die der Freistaat zu zahlen hat, zu hoch veranschlagt. Allein das sind im Jahr 2011 rund 80 Millionen Euro und im Jahr 2012 ca. 180 Millionen Euro. Über den Fond für die Beamtenpensionen werden jährlich mindestens 50 Millionen Euro mehr eingezahlt, als eigentlich notwendig sind. Und dies sind nur einige Beispiele, in denen das Finanzministerium im Haushalt 2011/2012 Geld versteckt. Diese Liste ließe sich noch fortsetzen.
3. **Steuerschätzung: Der Freistaat Sachsen rechnet sich arm.**
Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung stehen 2011 im Vergleich zum Haushaltsansatz etwa 560 Millionen Euro mehr zur Verfügung und im Jahr 2012 rund 765 Millionen Euro. Das Finanzministerium behält davon aber 398 Millionen Euro im Jahr 2011 und 451 Millionen Euro im Jahr 2012 ein, ohne dass sie im Haushalt auftauchen.

Die Argumentation von Schwarzgelb, dass der Freistaat kürzen muss, um keine neuen Schulden aufnehmen zu müssen, läuft also ins Leere.

In den vergangenen Monaten haben viele Sachsen ihre Stimme gegen die unsoziale Haushaltspolitik der schwarzgelben Regierung erhoben. Die vielen Proteste der vergangenen Monate haben erste Früchte getragen: Ursprünglich wollte die Staatsregierung den Kulturräumen sogar 9 Millionen Euro jährlich weniger geben. Doch auch die Kürzungen von nun 3,7 Millionen Euro werden ernste Folgen für die sächsische Kulturlandschaft haben. Zudem ist die CDU/FDP-Koalition bereits davon abgekommen, die Mittel der Musikschulen zu kürzen.

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird in den Haushaltsverhandlungen weiter dafür kämpfen, dass die Mittel der Kulturräume mindestens auf dem derzeitigen Stand erhalten bleiben. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche, Eltern und Senioren nicht nur in den großen Städten ins Theater gehen können, sondern auch in den ländlichen Regionen. Museen und Lesungen, Galerien und Konzerte, Veranstaltungen und ein buntes kulturelles Leben soll es in allen Regionen Sachsens geben!

Dresden, November 2010